

Niederschrift über die Sitzung des Hauptausschusses am 18.12.2008

Tagungsort: Rochdale-Raum (Großer Saal, Altes Rathaus)

Beginn: 15:30 Uhr

Ende: 16:20 Uhr

Anwesend:

Oberbürgermeister David (Vorsitzender)

CDU

Herr Oberbürgermeister David

Herr Helling

Herr Henrichsmeier (für Herrn Lux)

Herr Nettelstroth

Herr Dr. Zillies

SPD

Herr Fortmeier (ab 16:00 Uhr, TOP 1)

Herr Clausen

Herr Hamann

Herr Sternbacher

Bündnis 90/Die Grünen

Herr Rees

Frau Dr. Schulze

BfB

Herr Schulze

FDP

Herr Buschmann (beratendes Mitglied)

Die Linke

Frau Schmidt (beratendes Mitglied)

Bürgernähe

Herr Schmelz (beratendes Mitglied)

Entschuldigt fehlt:

Herr Lux, CDU-Fraktion

Verwaltung:

Stadtkämmerer Löseke

Beigeordneter Moss

Beigeordneter Kähler

Beigeordnete Ritschel

Frau Tatje

Herr Schlüter, Presseamt

Herr Kricke, Büro des Rates, Schriftführer

Gäste:

Herr Smode

WEGEmbH

Öffentliche Sitzung:

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Herr Oberbürgermeister David stellt die Beschlussfähigkeit des Hauptausschusses sowie die ordnungsgemäße Einladung, die mit Schreiben vom 10.10.2008 fristgerecht zugegangen sei, fest.

Zur Tagesordnung fasst der Hauptausschuss folgenden

B e s c h l u s s:

Als Tagesordnungspunkt 3 wird der Punkt

„Zukunft der Stadtbahn in Bielefeld - Vision 2030“

behandelt.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 1

Aufnahme der Stadt Bielefeld in die Fördergebietskulisse der Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur"

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 6245/2004-2009

Unter Bezugnahme auf die Vorlage führt Herr Smode aus, dass die Stadt Bielefeld vor dem Hintergrund eines bundeseinheitlichen Rankingverfahrens unter Zusammenfassung der Arbeitsmarktregionen Bielefeld und Herford gemeinsam mit dem Kreis Herford und dem Kreis Lippe seit dem 01.10.2008 erstmals zur Fördergebietskulisse der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ gehöre. Hierdurch biete sich Bielefeld die Chance, in Maßnahmen zur Verbesserung der wirtschaftsnahen Infrastruktur sowie in gewerbliche und arbeitsplatzschaffende Investitionsvorhaben zu investieren und dadurch - insbesondere angesichts der aktuellen Finanzkrise - ein antizyklisches Verhalten zu praktizieren und die Bielefelder Wirtschaft zu beleben. In Abstimmung mit der Bezirksregierung Detmold bestünde zum einen die Möglichkeit der Förderung einer Erweiterung des Technologiezentrums um eine vermietbare Fläche von bis zu 1.500 m² für technologieorientierte Unternehmensgründer. Des Weiteren könnten die Planungen der WEGE mbH, ein Science-to-Business-Centers in der Nähe der Universität auf dem neuen Campus zu errichten, realisiert werden. Darüber hinaus sei es möglich, aus den Fördermitteln die Aufbereitung von Brachflächen ehemaliger Gewerbebetriebe zu finanzieren und Investitionszuschüsse für Vorhaben gewerblicher Unternehmen zu zahlen, durch die Dauerarbeitsplätze neu geschaffen oder gesichert würden. In diesem Zusammenhang werde die WEGE mbH gemeinsam mit der NRW-Bank Anfang 2009 eine Informationsveranstaltung für Bielefelder Unternehmen durchführen.

Frau Dr. Schulze bittet um Auskunft zur voraussichtlichen Höhe der För-

dermittel für Bielefeld sowie zum Vergabeverfahren. Darüber hinaus fragt sie nach, ob eine Förderung von Infrastrukturmaßnahmen im Tourismusbereich, z. B. für das Projekt StadtParkLandschaft, möglich sei und ob die Stadt aus den Mitteln auch Brachflächen ankaufen könnte, um diese einer Wiederverwertung zuzuführen.

Herr Smode führt aus, dass die Mittel nicht kontingentiert seien und förderungsfähige Maßnahmen nach Antragsingang bewilligt würden. Eine Förderung von Einzelmaßnahmen aus dem Projekt StadtParkLandschaft als Ersatz für die nicht gewährten EFRE-Mittel habe nach Auskunft der Bezirksregierung Detmold wenig Aussicht auf Erfolg. Die Frage des Ankaufs von Gewerbebrachen durch die Stadt Bielefeld sei ebenfalls mit Vertretern der Bezirksregierung Detmold erörtert worden. Zwar sei eine Förderung neuer Gewerbegebiete aus der Fördergebietskulisse der Gemeinschaftsaufgabe nicht möglich, allerdings bestünde die Möglichkeit bestimmte Vorleistungen, wie z. B. vorbereitende Untersuchungen, zu finanzieren. Diese Fragestellungen würden Anfang Januar noch mit dem zuständigen Landesministerium erörtert werden.

Der Hauptausschuss nimmt den Bericht der Verwaltung über die Aufnahme der Stadt Bielefeld in die Fördergebietskulisse der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ zur Kenntnis.

-.:-

Zu Punkt 2

Demographischer Wandel in Bielefeld: "Demographiebericht 2008 - Eine Bilanz mit Perspektive"

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 6236/2004-2009

Im Rahmen einer Folienpräsentation (s. Anlage) erläutert Frau Tatje den Demographiebericht 2008.

Unter Hinweis auf die Diskussion in der Sitzung des Hauptausschusses am 28.08.2008 zum Pilotprojekt „Wir wohnen zukunftsfähig“ merkt Frau Dr. Schulze kritisch an, dass der Demographiebericht an verschiedenen Stellen sehr allgemein gehalten sei und sie konkrete Handlungsempfehlungen vermisse. Sie begreife den Bericht in erster Linie als einen Appell an die Politik, bei den zu treffenden Entscheidungen die Demographietauglichkeit zu überprüfen. In diesem Zusammenhang bittet Frau Dr. Schulze um Auskunft, inwieweit Frau Tatje z. B. beim Erstellen von Verwaltungsvorlagen eingebunden werde, um zu gewährleisten, dass der demographische Faktor stärker berücksichtigt werde.

Herr Schmelz stimmt Frau Dr. Schulze zu und erklärt, dass ihm konkrete Umsetzungen von Maßnahmen insbesondere im Bereich Stadtentwicklung und Verkehrswegebau fehlen würden. So fordert er z. B. die Umsetzung des Lärmaktionsplans oder der Konzepte von „Bielefeld 2050“. Unter den vorhandenen Rahmenbedingungen sei Bielefeld aus seiner Sicht nicht auf einem zukunftsfähigen Weg. Abschließend betont Herr Schmelz die Notwendigkeit einer stärkeren Einbeziehung von Bürgerinnen und

Bürgern bei der Entwicklung passgenauer Konzepte.

Herr Clausen räumt ein, dass der Bericht einen sehr hohen Abstraktionsgrad aufweise. Allerdings sei dies auf politische Entscheidungen und Vorgaben zurückzuführen. Insofern seien die notwendigen Konkretisierungen auch im politischen Raum zu treffen. Die Frage des demographischen Wandels sei ein dynamischer Prozess, der sich zunehmend auf alle Felder des Verwaltungshandelns auswirke. Insgesamt sei Bielefeld aus seiner Sicht gut aufgestellt.

Herr Bürgermeister Helling weist darauf hin, dass Bielefeld gerade bei dem Thema des demographischen Wandels im Vergleich mit anderen Kommunen in der Region am weitesten sei. Unabhängig davon verstehe auch er das Thema als permanenten Prozess, der ständig weiterzuentwickeln sei. Die Untersuchung der Bertelsmann-Stiftung habe gezeigt, dass der demographische Wandel für Kommunen und Regionen unterschiedliche Herausforderungen mit sich bringen werde. Von daher spreche er sich für eine wesentlich stärkere interkommunale Zusammenarbeit aus und fordert, dass das Konkurrenzverhalten in der Region aufhören müsse.

Unter Bezugnahme auf die Ausführungen von Frau Dr. Schulze erklärt Herr Beigeordneter Moss, dass die bereinigte Leerstandsquote in Bielefeld unter einem Prozent liege. Der aktuelle Wohnungsmarktbericht zeige, dass es insbesondere einen Fehlbedarf an günstigem Wohnraum gebe. Rund 80 % aller Investitionen würden im Bestand getätigt mit der Folge, dass die Neubauquote stark zurück gedrängt worden sei. Darüber hinaus sei gegenüber den letzten Jahren insofern eine Trendwende festzustellen, als dass wieder mehr Geschosswohnungsbau errichtet würde und sich der Innenstadtbereich zunehmender Beliebtheit erfreue. Allerdings sei auch festzuhalten, dass es z. B. für die Neubaugebiete in Heepen und Brake eine sehr große Nachfrage gebe. Von daher spreche er sich dafür aus, auch zukünftig neue Baugebiete außerhalb der Innenstadt bzw. der Kernbereiche der Stadtbezirke bedarfsgerecht auszuweisen. Auf die Ausführungen von Herrn Schmelz eingehend stellt Herr Beigeordneter Moss nachfolgend dar, dass in den letzten acht Jahren aus dem Flächennutzungsplan deutlich mehr Straßenbauprojekte gestrichen als umgesetzt worden seien.

Herr Oberbürgermeister David führt aus, dass die Herausforderungen des demographischen Wandels nicht zuletzt auch einen Lernprozess für die Verwaltung und für die Politik bedeuten würden, bei dem die Demographiebeauftragte auf die Unterstützung aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter angewiesen sei.

Frau Tatje weist darauf hin, dass die Politik im Rahmen der Beratungen des Demographiekonzeptes einen Demographiebericht gewünscht habe, der einen groben Überblick über das gebe, was in den einzelnen Dezernaten zum Thema „Demographische Entwicklung“ geschehe. An diese Vorgaben habe sie sich gehalten, zumal entsprechende Konkretisierungen teilweise in den Dezernaten - wie z. B. beim „Masterplan Wohnen“ - erfolgt seien. Hinsichtlich ihrer Kompetenzen innerhalb der Verwaltung erläutert Frau Tatje unter Verweis auf eine Organisationsverfügung des Oberbürgermeisters abschließend, dass sie bei allen Planungsangelegenheiten, die die demographische Entwicklung der Stadt Bielefeld

betreffen würden, zu beteiligen sei und entsprechende Vorlagen unter Zugrundelegung bestimmter Kriterien auf ihre Vereinbarkeit mit den Herausforderungen des demographischen Wandels prüfe.

Der Hauptausschuss nimmt den „Demographiebericht 2008 - Eine Bilanz mit Perspektive“ zur Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 3

Zukunft der Stadtbahn in Bielefeld - Vision 2030

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 5795/2004-2009/1

Herr Nettelstroth erklärt, dass die CDU-Fraktion der Vorlage zustimmen werde. Die von der Verwaltung für 2009 ausgewiesenen Planungsmittel (Anlage 4 der Vorlage) müssten entsprechend in den Haushalt eingestellt werden. Eine weitere Mittelbereitstellung in den Folgejahren sei vor dem Hintergrund der Realisierbarkeit gegebenenfalls neu zu diskutieren. In diesem Zusammenhang äußert er die Hoffnung, dass im Rahmen des angekündigten zweiten Konjunkturprogramms der Bundesregierung weitere Fördermittel zur Verfügung gestellt würden. Mit dem gemeinsam gefassten Ratsbeschluss vom 16.10.2008 sei eine Priorisierung vorgenommen worden, die die Realisierung einer Stadtbahnlinie nach Heepen unter Einbeziehung der vorhandenen Netze der DB AG beinhalte. Hieraus würden sich gegebenenfalls neue Möglichkeiten der Erschließung ergeben, die unter Umständen auch für andere Stadtbezirke, wie z. B. Sennestadt, von Bedeutung sein könnten.

Herr Buschmann äußert die Sorge, dass sich die Priorisierung der Linien nach Heepen auch auf das Planfeststellungsverfahren und damit auf die Umsetzung der Maßnahme erstrecke, da dadurch andere Vorhaben, wie z. B. die Weiterführung der Linie von Stieghorst nach Hillegossen, auf lange Sicht nicht mehr realisiert werden könnten.

Frau Dr. Schulze geht ebenfalls davon aus, dass im Rahmen des in Aussicht gestellten zweiten Konjunkturprogramms der Bundesregierung erhebliche Mittel für öffentliche Infrastrukturmaßnahmen zur Verfügung gestellt würden. Von daher sei aus ihrer Sicht auch die Überarbeitung und Ergänzung der Planfeststellungsunterlagen für eine Verlängerung der Stadtbahnlinie von Babenhausen nach Theesen in 2009 sinnvoll und richtig, um die Infrastrukturmittel möglichst zeitnah einsetzen zu können. Unabhängig davon sei festzuhalten, dass die Linie nach Heepen erhebliche Fahrgastpotentiale erschließen werde, die durchaus mit der Uni-Linie verglichen werden könnten. Da ein möglicher Systemwechsel auf Niederflurtechnik oder eine Einbeziehung des Schienennetzes der DB AG zu vergleichsweise geringen Investitionskosten führen werde, sollte auch für diese Maßnahme möglichst kurzfristig die erforderlichen Voraussetzungen geprüft bzw. geschaffen werden. Über die Planungskosten für 2010 ff. sei zu gegebener Zeit zu entscheiden.

Herr Clausen stellt fest, dass der einstimmige Ratsbeschluss vom 16.10.2008 insofern ein gewisses Ranking beinhalte, als dass bezogen

auf die Linie nach Heepen die Planung sowie die Prüfung der Realisierungsmöglichkeiten beschlossen worden seien. Diese Linie sei für die Entwicklung des schienengebundenen Nahverkehrs in Bielefeld von erheblicher Bedeutung und beinhalte die größten Effekte. Der in der Verwaltungsvorlage dargestellte Planungsaufwand sollte unter Berücksichtigung des Ratsbeschlusses von der Politik nachvollzogen und mit entsprechenden Mitteln hinterlegt werden, um in der Lage zu sein, möglichst kurzfristig Förderanträge zur Weiterentwicklung des Bielefelder Nahverkehrs stellen zu können.

Beschluss:

Der Hauptausschuss nimmt das von moBiel erarbeitete Konzept Vision 2030 zum Ausbau des Stadtbahnnetzes zur Kenntnis. Die Verwaltung wird beauftragt, auf dieser Grundlage und unter Berücksichtigung des Ratsbeschlusses vom 16.10.2008 (Planungsauftrag für eine Stadtbahnlinie nach Heepen)

- ein Arbeitsprogramm zur Konkretisierung der weiteren Stadtbahnplanungen zu erarbeiten sowie
- die finanziellen Auswirkungen auf den städtischen Haushalt und auf die Wirtschaftspläne der BBVG und moBiel aufzuzeigen.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

David
Oberbürgermeister

Kricke
Schriftführer